

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Landesjugendamt

Ein Amt, wo Kinder Recht bekommen - Jugendämter als früher Beitrag zur Organisationsentwicklung

Prof. Dr. Dr. h.c. C. Wolfgang Müller

anlässlich der Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses
am 27. November 2006 in Mainz

Sie haben mir eine Freude gemacht, indem Sie, vertreten durch die Leiterin der Abteilung Landesjugendamt im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung mich zu der 3. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses in seiner 13. Amtsperiode eingeladen und mir gestattet haben, gleichsam amtseinführend und doch als Berliner Außenseiter ein paar eher historische Bemerkungen zur Rolle eines Landesjugendamtes und eines Landesjugendhilfeausschusses an Sie zu richten. Um ein wenig zu kaschieren, dass es sich hier



um eine zeitgeschichtliche Anmerkung handelt habe ich das Ganze im Untertitel mit dem modischen Hauptwort 'Organisationsentwicklung' versehen um anzudeuten, dass die 1924 im RJWG zur kommunalen und auch durch Landesrechte gebotenen Pflichtaufgabe staatlicher Wohlfahrtsverwaltung erklärten Jugendämter und ihre Zusammenfassung in Landesjugendämtern nicht etwa ein alter Zopf waren (und sind), sondern eine in der Tat innovative Weiterentwicklung der preußischen Verwaltung, die ja ursprünglich von der Leitungs- und Befehlsstruktur der preußischen Armee abgekupfert worden war.

Aber ehe wir zu den Organisationsstrukturen kommen, ein paar inhaltliche Worte zur Funktion von Jugendämtern. Ich habe das Jugendamt in der Überschrift meiner Anmerkungen mit dem Original-Ton meiner ersten Chefin, der Berliner Senatorin Ella Kay gekennzeichnet „Jugendamt, das ist ein Amt, wo Kinder Recht bekommen“. Recht mit großem R. Das heißt also nicht: „Komm her Du Armer und lass Dich in den Arm nehmen. Keiner versteht dich. Dabei hast du ja sooo recht!“ Sondern: „Du hast Rechte und für die stehen die Beamtinnen und Beamten, die Wohlfahrtsverbände und die Jugendverbände ein und helfen Dir, sie durchzusetzen und zur Geltung zu bringen. Aber dazu musst du selber diese Rechte kennen und musst sie selbstbewusst einfordern.“ So gesehen war das Jugendamt immer schon eine Erziehungsbehörde in einem erweiterten Sinne. Wenn sie auch von Anfang an - das war einer ihrer Geburtsfehler - aus den beiden Teilen „Jugendfürsorge“ und „Jugendhilfe“ oder neutraler „Jugendförderung und autonome Jugendarbeit“ zusammengesetzt war.

Aber wie sollen Kinder und junge Leute, wie sollen die „Kids“ ihre Rechte kennen und sie noch dazu einfordern, wenn sie mutter- und vaterseelenallein vor einem großen wilhelminischen Backsteingebäude stehen und Mühe haben, die Sprechstundenregelung zu entziffern?

Die Konstrukteure der Jugendämter hatten zu Lösung dieses Problems damals schon die schlaue Idee: „Wir müssen die Zugangsschwelle zum Amte senken!“ Preußische Beamte - auch bayerische und sächsische Beamte, wenn sie erst einmal das alleinige Sagen haben, werden - wenn man sie lässt - sehr bald große Mühe darauf verwenden sich selber zu verwalten, geschweige denn Kindern und Jugendlichen zuzuhören, die auf manchmal ungeschickte Weise ihre Wünsche zur Sprache bringen. Also darf man die Beamten des Jugendamtes nicht alleine lassen, nicht unter sich lassen. Man muss die Leitungsspitze in zwei Teile aufspalten: Da gibt es das Jugendamt und seine (beamtliche) Verwaltung. Und da gibt es den Jugendhilfeausschuss (früher Jugendwohlfahrtsausschuss), dessen Mitglieder aus jugendpolitisch und jugendpflegerisch tätigen erfahrenen Personen des öffentlichen Lebens im Umfeld des Jugendamtes bestehen und aus Vertretern der für das Wohl der Jugend sorgenden Wohlfahrtsverbände und Jugendverbände.

Das regt uns heute überhaupt nicht mehr auf. Aber für die Jahre der Einführung des RJWG - also zwischen 1924 und 1928 und schon für die Zeit der Diskussion im Reichstag zwischen 1922 und 1924 war diese Idee eine unerhörte Provokation. Da sollten plötzlich Abgesandte der sozialistischen Jugend und des Spartakus mit mir als Bewahrer christlicher, humanistischer und pädagogisch verantwortbarer Prinzipien der Sozialerziehung gleichberechtigt auf einer Bank sitzen und mit mir gemeinsam über Hilfen für die Jugend entscheiden!!! Wo diese Typen doch gerade erst die freie Liebe in Ferienzeltlagern eingeführt hatten, den freien Zugang zu öffentli-

chen Bibliotheken und die Einführung der Fünftagewoche für Auszubildende und den Sozialismus forderten!!!

Die Jahre sind vergangen. Die Aufregung hat sich zeitlich gelegt. Obwohl die Wertevernichtung durch den 1. Weltkrieg und die Kriegsfolgen in der Inflation und die Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. nur ein paar schmale Jahre für eine Weimarer Republik ließ, die nach dem institutionellen Feudalismus des Kaiserreiches ein paar vorsichtige Schritte in demokratisches Neuland versuchte. Dazu gehörte die Einführung von Jugendämtern und die Einführung der Doppelspitze ihrer Leitungsebene. Jugendamt und seine Leitung einerseits, Jugendhilfeausschuss andererseits. Und: Orientierung an dem Recht, das Kinder und Jugendliche haben, nämlich: „dem Recht eines jeden deutschen Kindes auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlich Tüchtigkeit.“ Allerdings: „Das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Gegen den Willen des Erziehungsberechtigten ist ein Eingreifen nur zulässig, wenn ein Gesetz es erlaubt.“ Und: „Insoweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt, unbeschadet der Mitarbeit freiwilliger Tätigkeit öffentliche Jugendhilfe ein.“ (§ 1 RJWG 1924).

Das ist lange her. Genauer: 80 Jahre. Inzwischen haben wir einen Rückschritt in die Barbarei erlebt, den Faschismus, der Jugendämter weiter bestehen ließ, sie aber mit eigenem Personal auffüllte. Die Braunhemden der Hitlerjugend und die Weißblusen des BDM besetzten die Stühle hinter den Schreibtischen in den Jugendämtern und interpretierten den § 1 des RJWG auf ihre Weise: „Die Erziehung der Jugend im nationalsozialistischen Staate ist Erziehung zur deutschen Volksgemeinschaft. Ziel der Erziehung ist der körperlich und seelisch gesunde, sittliche gefestigte, geistig entwickelte, beruflich tüchtige deutsche Mensch, der rassebewußt in Blut und Boden wurzelt und Volk und Reich verpflichtet und verbunden ist. Jedes deutsche Kind soll in diesem Sinne zu einem verantwortungsbewussten Glied der deutschen Volksgemeinschaft erzogen werden“ (Verwaltungsverordnung 1938). Der Unterschied springt ins Auge.

Das Jugendamt als Idee eines Amtes, in dem „Kinder Recht bekommen“, hat sich zeitgeschichtlich gesprochen als erstaunlich lebensfähig und überlebensfähig erwiesen. Erst seit ein paar Jahren wird ihm in manchen Gegenden und manchen Ländern der Gar ausgemacht. Ich habe in der Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit eine Sondernummer unter dem Titel 'Von dem allmählichen Verschwinden der Jugendämter' herausgegeben. Und die Förderalismusreform wird diesen Prozess beschleunigen. Nicht überall, aber über die Massen.

Dabei hat unsere Jugendhilfegesetzgebung mit der Einführung des KJHG einen neuen, einen wirklichen Markstein seiner schöpferischen Weiterentwicklung erreicht. Es hat den alten Geburtsfehler des Übergewichts von Eingriffsfunktionen gegenüber Hilfe- und Unterstützungsfunk-

tionen korrigiert und die unterstützenden Hilfen für Kinder, Heranwachsende und ihre Erziehungspersonen in den Vordergrund gestellt. Dabei haben seine Schöpfer ein weites Spektrum von „Hilfen zur Erziehung“ mit Quasi-Rechtsansprüchen der potentiellen Inanspruchnehmer eingeführt, dem viele Kommunen und Kommunalverbände sich nicht gewachsen zeigen. Vor allem finanziell nicht gewachsen.

Beim Umgang mit diesem Problem wird es noch viel Ärger geben. Und es wird sich zeigen, dass in dieser Situation eine neue Aufgabe auf den Landesjugendhilfeausschuss zukommt.

Ursprünglich, so hatte ich gesagt, war er als Teil der Doppelspitze des Amtes dazu ausersehen, die Zugangsschwellen der jungen Generation „zum Amt“ zu senken und Sichtweisen der 'Kids' auf die Schreibtische und in die Köpfe der Jugend-Amtliche zu transportieren. Also ihre berechtigten Anliegen auf einer allgemeineren und sozialpädagogisch fundierteren Ebene zu formulieren und zu stärken.

Jetzt scheint es mir vor allem die Aufgabe der Landesjugendhilfeausschüsse zu sein, das Landes Jugendamt und die Oberste Landesjugendbehörde zu beraten, dass die notwendigen oder für notwendig gehaltenen Verschlankungen der Arbeit, die Konzentrierung der Hilfen und die Einsparungen von Mitteln und Menschen nicht gerade diejenigen Personen, Personengruppen, Maßnahmen und Einrichtungen treffen, die sie am nötigsten, am existentiell nötigsten brauchen. Das ist eine zentrale Aufgabe der Jugendhilfeplanung und des Landesjugendhilfeausschusses. Denn Sie hier in diesem schönen Wappensaal befassen sich laut Ihrer Satzung aus 1995 'insbesondere mit aktuellen Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien, mit Strukturfragen der Jugendhilfe, der Jugendhilfeplanung und der Förderung der freien Jugendhilfe und machen Vorschläge zu deren Lösung und zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe" (§ 3 Abs. 1 der Satzung von 1995).

Ich sage nicht, dass dies eine leichte Aufgabe ist. Die Entwicklung unseres Sozialstaates, der ziemlich einmalig war in Europa, hing eng mit der Entwicklung der Produktivkräfte in unserem Land und der schrittweisen, teilweise sogar sprunghaften Erhöhung unseres Volkseinkommens zusammen. Auf diese Weise konnten wir in früheren Jahrzehnten in der alten Bundesrepublik zusätzliche Steuereinnahmen für sozialen und kulturelle Zwecke ausgeben (und auch investieren) ohne dass die Unternehmen über entgangene Gewinne jammerten. Denn auch sie profitierten ja überproportional von dem steigenden Volkseinkommen. Durch die Globalisierung von Märkten, aber auch von Produktionsstätten, durch die Internationalisierung der alten nationalen 'industriellen Reservearmee', welche durch ihre bloße Existenz die Forderungen der industriellen Produktionsarmee in Schach hielt und die nun allgegenwärtig ist und durch die nicht vorhergesehenen (ich sage nicht: nicht vorhersehbaren) Lasten der Wiedervereinigung mit dem Gebot

der Angleichung der Lebenslagen in allen deutschen Bundesländern sind wir nun aber in eine Schrumpfungsphase geraten, in der wir nicht mehr Zugewinne großzügig an Unternehmen und Arbeitnehmer und diese große Masse der „anderen Bevölkerung“ verteilen können, sondern in der sich die Unternehmen längst ihren Anteil an den bleibenden Gewinnen gesichert haben und in der wir um jeden Euro für einen drogengefährdeten Jugendlichen und um jeden Studienplatz für die zweite Tochter eines arbeitslos gewordenen Metallarbeiters bitten oder kämpfen müssen.

Die Jugendförderung in Deutschland hat sich in den letzten 15 Jahren massiv von einer 'allgemeinen Förderung der gesamten Jugend' hin zu einer massiven und in vielen Fällen therapeutische Unterstützungs- und Auffanghilfe für Kinder und Jugendliche entwickelt, die aus dem mainstream herauszufallen drohen oder schon herausgefallen sind.

Während also das KJHG auf der einen Seite gesetzgeberisch die Funktionen der freien Jugendarbeit und der allgemeinen Jugendpflege gestärkt hat, hat die gesellschaftliche Situation uns offensichtlich gezwungen, (von der Jugendförderung zur Jugendfürsorge, das Ruder herumzuwerfen und Kurs auf die Gestalten von Charles Dickens zu nehmen. Als Jugendlicher musst du heute schon ganz schön abgefickt sein, um in eines der wirklich wirksamen Förderprogramme zu passen. Mainstreamer sollen sich doch selber helfen. Alki, Junki oder Glatze, das ist angesagt. Und auch angesichts dieser alltagssprachlichen Bezeichnungen müssen junge Frauen um Gendergerechtigkeit kämpfen!

Aber gerade angesichts eines Zeitgeistes, für den die junge Generation kein Wert mehr ist, sondern eine Last, keine Zukunftshoffnung, sondern eine Krankheit, in einer solchen Situation kommt eine dritte Aufgabe auf Sie als neuberufene Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses zu: Sie sollten Dolmetscher sein zur Übersetzung der Hoffnungen, der Sorgen und der Ängste von Teilen dieser jungen Generation in eine Sprache, die wir Erwachsenen verstehen und deren Ernsthaftigkeit wir auch zu folgen vermögen. Denn ich halte es für eine Art Rufmord, die in den letzten zehn Jahren an der jungen Generation begangen wird. Ich selber habe ein ausgesprochen positives Bild von dieser Jugend. Ich überblicke inzwischen vier Generationen: die Generation meiner Eltern ab 1898, meine eigene ab 1928, die Generation meiner Tochter ab 1958 und die meines Enkels ab 1995. Und ich scheue mich nicht zu sagen: Ich habe bisher keine junge Generation in Deutschland gesehen und kennen gelernt - so gut genährt und groß gewachsen, so angenehm anzusehen und zugewandt im Gespräch, so zuvorkommend und höflich - so „gut drauf“ - oder in meiner Sprache: so handlungsfreudig und leistungswillig - und doch gleichzeitig mit jenem Anflug von Hedonismus, der meiner Generation so vollständig abgegangen ist. Wir stapften schwerblütig mit Gummistiefeln durch die Landschaft und waren froh,

wenn der Abend kam und niemand mehr von uns was wollte.

Und damit Sie dies nicht denken: ich beziehe meine Eindrücke über die „Kids von heute“ nicht etwa allein aus dem tertiären Bildungsbereich. Und ich verkehre auch nicht mit den Sprösslingen der neureichen Elite in den angesagten Clubs zwischen Friedrichstrasse, Hackeschen Höfen und Prenzlauer Berg. Oder im neuen Subkulturviertel von Treptow hinter der Oberbaumbrücke. Ich fahre auch regelmäßig mit öffentlichen Verkehrsmitteln in Berlin und ich weiß, dass es bei uns Kieze gibt, wo ich mich abends als Rentnerin mit offener Handtasche auch nicht auf der Strasse blicken lassen würde, oder als angetrunkener Wohnungsloser, der auf einer Parkbank seinen Frieden sucht.

Die Frage für mich lautet: Sind diese Erscheinungen „typisch“ für die junge Generation, oder sind sie ein erklärbares, wenn auch nicht entschuldbares Nebenprodukt einer gesellschaftlichen Entwicklung, für die nicht deren Opfer aber auch nicht allein deren Täter verantwortlich gemacht werden können. Und ich antworte: sie sind nicht typisch. Sie existieren, aber sie prägen nicht das allgemeine Bild unserer Erfahrungen im Alltag. Wohl aber das Bild von der Jugend, das wir uns machen, wenn wir gezwungen sind, in unserer Wohnung zu verharren und uns die BILDZEITUNG von einem jungen Mann aus der Nachbarschaft vorlesen zu lassen. Und natürlich das Bild von der Jugend, das die Bildermedien uns zustrudeln, insbesondere die privaten, aber inzwischen wohl auch die Öffentlich-Rechtlichen.

Ich hatte gesagt, dass das Jugendamt eine innovative Erfindung der 1. Deutschen Republik gewesen sei. Mit der Doppelspitze seiner Leitung habe es die Zugangsschwellen seiner 'Klienten', der Kinder und Jugendlichen und ihrer Erziehungsberechtigten zum Amt senken und ein Verständnis für die Lebenswelten und Lebenslagen der „Kids“ in den immer noch preußisch getönten Amtsstuben anbahnen wollen.

Ich hatte gesagt, die zweite Aufgabe des Jugendhilfeausschusses sei es gewesen (und sei es noch immer), das Jugendamt und darüber hinaus die Gebietskörperschaft im Hinblick auf wesentliche Veränderungen in der Lebenslage der jungen Generation, in dem öffentlichen Verständnis der Beziehungen zwischen Bürgern, Ämtern, Trägern der freien Jugendförderung und in den ihnen zugestandenen Etatmitteln zu beraten und dabei darauf zu achten, dass nicht die Interessen von Bevölkerungsgruppen unters Rad kommen, die besonders unterstützungsbedürftig sind.

Und ich hatte gesagt, die dritte Aufgabe des Jugendhilfeausschusses sei es heute mehr denn je, die Arbeit der Jugendämter und die Erfolge wie auch die Probleme, die dabei passieren, in eine lokale Öffentlichkeit zu transportieren, der die ganze Problematik der jungen Generation fern liegt, fremd ist und von daher auch nicht zu vertieftem eigenen Nachdenken auffordert. Wä-

ren wir hier unter Organisationsmanagern und Organisationsentwicklern, so würde ich sagen: die dritte Aufgabe hat eine deutliche PR-Beimischung: Wirb „draußen“ für eure Arbeit bei denen, die wichtige Positionen haben und Interessen vertreten, um die Arbeit zu unterstützen – oder diese im schlimmsten Falle auch behindern können.

Zum Schluss möchte ich noch einmal auf die Beratungsaufgabe des Jugendamtes und der Obersten Jugendbehörde zurückkommen. Beide - der alten und der neue Landesjugendhilfeausschuss haben ja in einem brainstorming Verfahren ein Themenspektrum für die Arbeit der 13. Amtsperiode, hier vor allem für die Arbeit des Jahres 2007 zusammengestellt und Frau Zeller und Frau Nonninger haben dieses Themenspektrum in der heutigen Vorlage Nr. 8 zusammengefasst.

Sie haben dabei eine Reihe von eminent wichtigen Themen angesprochen. Ich erinnere mich vor allem an:

Armut und soziale Segregation - Zusammenarbeit mit der Schule - Jugend und Politik - Sozialräumliche Infrastruktur - Gewalt in den Medien - Einheit der Jugendhilfe und Jugendhilfeberichterstattung - Evaluation der Wirksamkeit der Jugendhilfe und Selbst-Evaluation der Effektivität des Landesjugendhilfeausschusses.

Bei dem letzten Punkt habe ich eine Bitte für die zweite Hälfte dieses Tagesordnungspunktes: In Ihrem Kreise sitzen erfahrene Frauen und Männer der Jugendförderung, die schon der 12. Amtsperiode angehört haben.

Was möchten Sie den neuberufenen Mitgliedern mitgeben aus Ihren Erfahrungen im Hinblick auf die Frage:

Wie wirksam war, Ihrer Erfahrung nach, Ihre Arbeit in der 12. Amtsperiode und haben Sie dabei Eindrücke gewinnen können, welche die beiden wichtigsten Gegenargumente gegen das Institut des Landesjugendhilfeausschusses relativieren könnten:

- das Argument, die Jugendhilfeausschüsse seien ein reiner Abnickverein in den Fängen einer übermächtigen Jugendamtsleitung;
- das Argument, die Jugendhilfeausschüsse seien die verlängerte Lobby-Bank von Jugendwohlfahrtsverbänden und Jugendverbänden bei der Sicherung ihrer Besitzstände und Marktanteile?

Noch einmal: Ich halte aus langjähriger Erfahrung Ihre Arbeit für wichtig, zielführend und im Sinne modernen Organisations-Managements und moderner Öffentlichkeitsarbeit für geboten. Wenn es diese Institution des Landesjugendhilfeausschusses nicht gebe, man müsste sie er-

finden. Ich gratuliere Ihnen dazu. Aber ein solches Credo ist in postmoderner Zeit allein nicht aussagekräftig, solange das Gegenteil eine eigene Plausibilität entwickelt. Darum bitte ich - vielleicht nach einer Pause von 15 Minuten - um Ihre Beiträge zu der Frage: Was geben die erfahrenen Ausschussmitglieder den neuen Mitgliedern mit auf ihren professionellen Weg.

Vielen Dank.